

16. Wahlperiode

Antrag

auf Annahme einer Entschließung

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Keine Braunkohle ins Märkische Viertel

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

1. Das Abgeordnetenhaus fordert den Vattenfall-Konzern auf, im Fernheizwerk Märkisches Viertel nicht vom Energieträger Erdgas auf den klimaschädlichsten Energieträger Braunkohle umzusteigen.
2. Das Abgeordnetenhaus fordert den Vattenfall-Konzern auf, im Zusammenhang mit der Wärme- und Stromerzeugung für den Berliner Markt, auf den Ausbau der Nutzung von Braunkohle und Steinkohle als Brennstoff und den Bau neuer Kohlekraftwerke zu verzichten.
3. Der Senat von Berlin wird aufgefordert, im Rahmen der bestehenden oder abzuschließenden Wärmelieferverträge mit Vattenfall oder anderen Anbietern, den Verzicht auf den Einsatz von Braunkohle und Steinkohle vertraglich zu vereinbaren. Diese Praxis soll auch für die landeseigenen Unternehmen und Unternehmen, an denen Berlin mehrheitlich beteiligt ist, durchgesetzt werden.
4. Der Senat wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus bis zum 28. Februar 2008 zu berichten, welche Liegenschaften des Landes Berlin bzw. landeseigener Unternehmen und Unternehmen, an denen Berlin mehrheitlich beteiligt ist, gegenwärtig mit Wärme, die aus den Energieträgern Braun- oder Steinkohle gewonnen wird, versorgt werden und wie der Ausstieg eingeleitet werden soll.
5. Der Senat wird aufgefordert, Vattenfall die ablehnende Haltung des Landes Berlin gegen die aktuell geplante Umstellung des Fernheizwerkes für das Märkische Viertel von einer Erdgasbefeuernung auf Braunkohlestaub deutlich zu machen. Sollte mit dem Vattenfall-Konzern keine Einigung zu erzielen sein, soll der Senat darauf hinwirken, dass die GESOBAU sich mittelfristig von Vattenfall trennt.
6. Über die Umsetzung des Beschlusses ist dem Abgeordnetenhaus bis zum 31. März 2008 zu berichten.

Begründung:

Der aktuelle Fall der geplanten Umstellung eines Heizwerkes in Reinickendorf von Erdgas auf Braunkohlestaub zeigt, dass die aktuellen Klimaschutzanforderungen durch den Vattenfall-Konzern nicht beachtet werden. Der Einsatz von Erdgas statt Braunkohle spart über 60% des CO₂ Ausstoßes ein. Die geplante Nutzung von Braunkohlestaub als Brennstoff für das Märkische Viertel ist ein Rückschritt der Klimapolitik des Vattenfall-Konzerns und zeigt abermals, wie wenig dieses Unternehmen auf die Zukunft setzt.

Dass Vattenfall den Anteil der erneuerbaren Energien an der Wärmeversorgung in Berlin bis Ende 2030 lediglich auf 2% ausbauen will, ist nicht akzeptabel.

Das Land Berlin muss sein Augenmerk auf zukunftsfähige Technologien auch im Bereich der Wärmeerzeugung lenken und die landeseigenen Unternehmen, im aktuellen Fall die GESOBAU, ebenfalls dazu anhalten. Wenn der Vattenfall-Konzern die Zukunft nicht erkannt hat, dann müssen über Ausschreibungen andere Marktteilnehmer gefunden werden, die Berlin beheizen.

Berlin, den 13. November 2007

Eichstädt-Bohlig Ratzmann Otto Schäfer
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen